

Antrag zu Top 14 der vorläufigen Tagesordnung des 11. Bundesparteitags der Alternative für Deutschland

Titel des Antrags: Erprobung Staatsbürgergeld, negative Einkommensteuer und anderer Grundeinkommensmodelle

Antragsteller: René Springer, MdB, Brandenburg
Prof. Dr. Jörg Meuthen, MdEP, Baden-Württemberg
Tino Chrupalla, MdB, Sachsen
Michael Meister, Leiter BFA11, Bayern
Dr. Joachim Keiler, Leiter BFA3, Sachsen
Sebastian Münzenmaier, MdB, Rheinland-Pfalz
Andreas Bleck, MdB, Rheinland-Pfalz
Dr. Bruno Hollnagel, MdB, Schleswig-Holstein
Uwe Witt, MdB, Schleswig-Holstein
Corinna Miazga, MdB, Bayern
Dr. Nicolaus Fest, MdEP, Berlin
Leif-Erik Holm, MdB, Mecklenburg-Vorpommern
Jan Nolte, MdB, Hessen
Jochen Haug, MdB, Nordrhein-Westfalen
Jörg Schneider, MdB, Nordrhein-Westfalen
Dr. Christian Wirth, MdB, Saarland
Lars Hünich, MdL, Brandenburg

Antrag:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Die Alternative für Deutschland setzt sich für eine gesetzliche Öffnungsklausel ein, die Bund und Ländern die Möglichkeit zur Durchführung von Pilotprojekten eröffnet, mit denen neue soziale Sicherungsmodelle, wie Staatsbürgergeld, negative Einkommensteuer und andere Grundeinkommensmodelle in einem begrenzten Umfang wissenschaftlich erprobt und bewertet werden können.

Die Alternative für Deutschland spricht sich für die Einsetzung einer Enquetekommission des Deutschen Bundestages aus, die sich mit neuen sozialen Sicherungsmodellen wie dem Staatsbürgergeld, der negativen Einkommensteuer und anderen Grundeinkommensmodellen befasst.

Der Antragstext kann durch die Bundesprogrammkommission redaktionell verändert und im Beschlusstext des Parteitags an geeigneter Stelle platziert werden.

Begründung:

Demografischer Wandel, Agenda 2010, niedrige Löhne, hohe Abgaben- und Steuerlast, Kinder- und Altersarmut, soziale Spaltung, Abstiegsängste sowie Digitalisierung und Wandel der Arbeitswelt verunsichern die Bürger zutiefst. Aussagen über die künftige Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme scheinen kaum noch möglich. Die Folge ist ein zunehmender Vertrauensverlust in Politik und Sozialstaat. Umfragen zeigen, dass ein großer Teil der Bevölkerung erhebliche Probleme und Ungerechtigkeiten bezüglich der Armut und Ungleichverteilung von Einkommen sieht und dass eine Mehrheit mit den politischen Antworten unzufrieden ist.¹

Im Zuge der gegenwärtigen tiefgreifenden ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen hat sich die Grundeinkommensidee zu einer gesellschaftlich relevanten Frage entwickelt. Studien und Umfragen zeigen, dass sich heute eine Mehrheit der Bürger für die Einführung eines Grundeinkommens ausspricht.² Selbst in der AfD-Wählerschaft sind 53 Prozent dafür und 32 Prozent dagegen.³

Derzeit existieren zahlreiche Grundeinkommens- oder Bürgergeldmodelle. Die Ideengeber und Unterstützer finden sich in allen politischen Lagern und gesellschaftlichen Schichten. Eines dieser Grundeinkommensmodelle ist das Staatsbürgergeld.⁴ Es handelt sich dabei um eine Weiterentwicklung des Solidarischen Bürgergeldes, das vom früheren Thüringischen Ministerpräsidenten Dieter Althaus (CDU) entwickelt und 2006 erstmals vorgestellt wurde.⁵

Das Staatsbürgergeld ist ein (bedingtes) Grundeinkommen, das u.a. an die Bedingung der deutschen Staatsbürgerschaft geknüpft ist und in Form einer negativen Einkommensteuer direkt an den Bürger ausgezahlt wird. Es ist ein modernes Steuer- und Sozialsystem aus einem Guss mit überwältigenden Vorteilen gegenüber dem heutigen System. Das Steuersystem beim Staatsbürgergeldmodell ist nicht nur einfach, gerecht und transparent, sondern führt auch zu einem deutlich höheren verfügbaren Einkommen, gerade bei geringen und mittleren Einkommensempfängern. Mehr Netto vom Brutto ist kein leeres Versprechen mehr. Dabei werden vor allem Familien finanziell deutlich bessergestellt. Kinder sind kein Armutsrisiko mehr. Das Staatsbürgergeld kann also einen wichtigen Beitrag zur demographischen Wende leisten. Auch für Menschen am Ende eines Erwerbslebens hat das Staatsbürgergeld einen Mehrwert, indem es ohne Gang zum Sozialamt, bürokratische Hürden und die Durchleuchtung der persönlichen Lebensverhältnisse die Existenz im Alter sichert. Altersarmut wird dadurch abgeschafft.

Auf der Seite der Staatsausgaben werden viele der heute mehr als 150 Sozialleistungen zusammengefasst. Das macht den Sozialstaat übersichtlicher, schlanker und effizienter. Jährliche Verwaltungsausgaben in Milliardenhöhe können eingespart werden. Möglichkeiten für Sozialleistungsbetrug werden stark reduziert. Hartz IV wird abgeschafft. Stattdessen werden deutlich mehr Anreize zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit geschaffen. Arbeit und Leistung lohnen sich wieder. Vor allem in Zeiten von Digitalisierung und Automatisierung bringt das Staatsbürgergeld mehr soziale Sicherheit.

Das Staatsbürgergeldmodell ist nicht nur finanzierbar, sondern steht fest auf dem Boden der Sozialen Marktwirtschaft. Zudem erfüllt es alle Kriterien der Forderung nach einer Aktivierenden Grundsicherung im AfD-Grundsatzprogramm. Um mit einem gängigen Missverständnis aufzuräumen: Grundeinkommensmodelle sind keine „linke“ Erfindung: Konservative und liberale Ökonomen haben sich dafür stark gemacht – darunter der frühere Direktor des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts Thomas Straubhaar oder Wirtschaftsnobelpreisträger Milton Friedman. Letzterer war ein Verfechter der negativen Einkommenssteuer, wie im Staatsbürgergeldmodell vorgesehen.⁶ Die SPD hingegen lehnt Grundeinkommensmodelle ab.⁷

Neue Sozialstaatsmodelle bergen natürlich auch Risiken und Unsicherheiten. Dabei lässt sich die Frage, ob die Chancen die Risiken überwiegen, mit Gedankenmodellen und mathematischen Simulationen allein nicht abschließend beantworten. Ein verantwortungsvoller Ausweg aus diesem Dilemma ist die praktische Erprobung in Form von begrenzten Pilotprojekten. Vorangestellt oder begleitend sollte sich eine Enquetekommission des Deutschen Bundestages mit Grundeinkommensmodellen und der grundlegenden Reform des Steuer- und Sozialsystems befassen. Enquetekommissionen sind überfraktionelle

Arbeitsgruppen, die umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe lösen sollen, in denen unterschiedliche rechtliche, wirtschaftliche, soziale oder ethische Aspekte abgewogen werden müssen.

Finnland hat 2017/18 ein zweijähriges Grundeinkommensexperiment durchgeführt und inzwischen ausgewertet. Die Empfänger des Grundeinkommens fanden nicht nur einfacher und häufiger eine Beschäftigung als andere Arbeitslose, sondern sie waren auch signifikant zufriedener und glücklicher. Es zeigte sich außerdem, dass die Grundeinkommensempfänger wieder mehr Vertrauen in die staatlichen Institutionen und die eigenen Fähigkeiten entwickelten. Ein gesteigertes Sicherheitsempfinden ersetzte die Angst vor Existenznöten und nahm den Menschen den psychischen Druck.⁸ Die finnische Regierung hat vor Beginn der Corona-Krise ein weiteres Grundeinkommensexperiment angekündigt, diesmal allerdings mit der negativen Einkommensteuer – und damit dem gleichen Ansatz, der im Staatsbürgergeldmodell verfolgt wird.⁹

¹ https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/Forschungsberichte/fb538-einordnung-gesellschaftspolitischer-debatten-zur-sozialen-ungleichheit.pdf?__blob=publicationFile&v=5

² https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.618742.de/19-15-1.pdf;
<https://www.mdr.de/nachrichten/mitmachen/mdrfragt/umfrage-ergebnis-mehrheit-fuer-bedingungsloses-grundeinkommen-100.html>

³ <https://rene-springer.info/wp-content/uploads/2019/10/INSA-NEWS-Ausgabe-158-vom-08.-Juni-2018.pdf>

⁴ <https://www.staatsbuergergeld.de>

⁵ <https://www.solidarisches-buergergeld.de/konzept/>

⁶ <https://www.bundestag.de/resource/blob/426626/dc78194456a469dd4d3064a804619069/wd-5-184-08-pdf-data.pdf>

⁷ https://www.zeit.de/wirtschaft/2020-08/olaf-scholz-grundeinkommen-mindestlohn?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F

⁸ https://www.kela.fi/web/en/news-archive/-/asset_publisher/IN08GY2nIrZo/content/results-of-the-basic-income-experiment-small-employment-effects-better-perceived-economic-security-and-mental-wellbeing

⁹ <https://www.businessinsider.de/politik/deutschland/grundeinkommen-deutschland-finnland-lehren/>